

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1416/2015
Amt/Aktenzeichen 50/50.03	Datum 12.08.2015	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 25.08.2015			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Mainzer Seniorenbeirat	Vorberatung	08.09.2015	Ö
Sozialausschuss	Vorberatung	10.09.2015	Ö
Stadtrat	Entscheidung	30.09.2015	Ö

Betreff: Handlungskonzept zur Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit in Mainz
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen Mainz, 20.08.2015 gez. Merkator Kurt Merkator Beigeordneter
Mainz, 25.08.2015 gez. Ebling Michael Ebling Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

1. Das vorliegende Handlungskonzept bildet die Grundlage für die sozialräumliche Ausrichtung der Seniorenarbeit in Mainz.
2. Zur Umsetzung des Konzepts müssen personelle Ressourcen in der Verwaltung geschaffen werden. Diese werden im nächsten Stellenplan beantragt.

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt:

Der demografische Wandel „weniger-bunter-älter“ verläuft nicht überall gleich.

Mainz zählt aufgrund seiner Lage im Ballungsgebiet Rhein-Main zu den vergleichsweise jungen Städten, trotzdem ist in den vergangenen Jahren die absolute Zahl der Älteren, insbesondere der Hochaltrigen und damit auch der Pflegebedürftigen deutlich angestiegen.

Hinzu kommt die Zahl derjenigen mit regelmäßigem Hilfe und Unterstützungsbedarf, die von der Pflegestatistik nicht erfasst werden, da sie die Kriterien der Pflegeversicherung noch nicht erfüllen.

Insgesamt gilt es einen zunehmenden gesellschaftlichen Bedarf zu decken, der langfristig noch durch die sich verändernden Familienstrukturen verstärkt wird.

Aktuell wird ein großer Teil der Pflege und Alltagsunterstützung von Angehörigen übernommen. Das verändert sich unter anderem dadurch, dass die erwachsenen Kinder aufgrund erhöhter Mobilitätsanforderungen im Beruf nicht mehr in unmittelbarer Nähe der Eltern leben oder weniger Zeit zur Verfügung haben. Weitere Faktoren sind die wachsende Zahl alleinlebender Menschen oder auch die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen, die nach wie vor einen hohen Beitrag zur familiären Pflege leisten.

Schon jetzt ist eine zunehmende Akzeptanz von professionellen Dienstleistungen erkennbar. Dies in Verbindung mit der Vielzahl unterschiedlicher, individueller Lebensstile und Lebenslagen in unserer Gesellschaft steigert die Nachfrage nach flexiblen und selbstbestimmten Unterstützungsformen und passgenauen Hilfen.

In diesem Zusammenhang gewinnt die offene Seniorenarbeit an Bedeutung.

Aktiv und eingebunden sein sind Faktoren, die wesentlichen Einfluss auf die Gesundheit und das Wohlbefinden haben. Gleichzeitig bilden Kontakt und Begegnung die Grundlage für informelle Hilfen, die im Fall von Hilfe- und Pflegebedarf professionelle Pflegeleistungen ambulant wie stationär sinnvoll ergänzen oder sogar hinauszögern.

Das Institut für sozialpädagogische Forschung (ism) hat im Auftrag der Stadt Mainz ein Handlungskonzept zur Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit erarbeitet, das diese Zusammenhänge berücksichtigt.

Finanziert wurde der einjährige Prozess mit Mitteln des Bundes aus dem Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Kooperation mit dem Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Mitteln des Landes aus dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie sowie durch die Albert und Loni Simon Stiftung und Eigenmitteln.

Das Konzept wurde unter Beteiligung der haupt- und ehrenamtlichen Akteure vor Ort sowohl aus dem Bereich Unterstützung und Pflege als auch aus dem Bereich Kontakt und Begegnung und den Seniorinnen und Senioren als Experten in eigener Sache entwickelt.

In dem Prozess wurden Erfahrungen und unterschiedliche Perspektiven abgeglichen, Ziele formuliert und mögliche Strukturen für eine zukünftige Zusammenarbeit mit allen Beteiligten stadtweit und stadtteilbezogen entwickelt.

Übereinstimmende Einschätzung in den Experten- und Stadtteilworkshops war, dass niedrigschwellig erreichbare Unterstützungs-, Pflege- und Dienstleistungsangebote, sowie Informations- und Teilhabemöglichkeiten im Stadtteil die Handlungsspielräume der dort lebenden Menschen erweitern und deren Selbstverantwortung und Eigeninitiative stärken.

Der Stadtteil mit seinen Ressourcen hat so unmittelbaren Einfluss auf die Zufriedenheit und

Lebensqualität im Alter auch bei Hilfe- und Pflegebedarf.

In den Beteiligungsschritten wurde jedoch deutlich, dass eine Vielzahl der bereits vorhandenen Angebote sowohl aus dem Bereich Begegnung als auch aus dem Bereich Unterstützung nicht hinreichend bekannt ist.

Die befragten Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilworkshops beklagten die mangelnden Informationsmöglichkeiten.

Die Expertinnen und Experten äußerten gleichermaßen den Wunsch nach einem quartiersbezogenen Überblick aller Aktivitäten und Dienstleistungen sowie einer besseren Vernetzung und Abstimmung im Quartier / im Stadtteil.

2. Lösung:

Vernetzung und Koordination über Angebots- und Generationengrenzen hinweg bezogen auf den Sozialraum erfordert neue Organisationsstrukturen:

- Ein institutionalisiertes Netzwerk auf Stadtteilebene, in dem die Akteure und die Bewohnerinnen und Bewohner miteinander in Kontakt stehen und auf gemeinsame Ziele hinarbeiten.
- Einen zentralen Ort im Stadtteil, an dem die Informationen und Angebote gebündelt und weitervermittelt werden können und an dem gegebenenfalls Veranstaltungen stattfinden können.
- Ein oder mehrere Personen, die verantwortlich die gemeinsamen Belange vorantreiben und koordinieren.
- Eine Anlaufstelle in der Verwaltung, die die Entwicklungen und die Akteure vor Ort in den Stadtteilen unterstützt, berät, vorhandene Strukturen integriert und stadtweite Transparenz herstellt.

Ein erster Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen ist die Gründung von Stadtteilnetzwerken:

In dem Beteiligungsprozess haben einige Akteure bereits Interesse signalisiert, aktiv an den Stadtteilnetzwerken mitzuwirken, Aufgaben zu übernehmen und Räume zur Verfügung zu stellen; andere Akteure haben sich bereits im Vorfeld oder parallel zur Konzeptentwicklung auf den Weg gemacht und Arbeitskreise gegründet, an die zukünftig angeknüpft werden kann.

Die Vernetzung in den Stadtteilen ohne einen hauptamtlichen Kümmerer stellt jedoch hohe Anforderungen an die Akteure.

Um das Potential in den Stadtteilen zu nutzen und den Prozess zu unterstützen sind personelle Ressourcen in der Verwaltung für folgende Aufgaben erforderlich:

- Akteure in den Stadtteilen ansprechen und Netzwerke anstoßen
- Vorhandene Ressourcen ausloten und auf dieser Grundlage gemeinsam mit den Aktiven Organisationsstrukturen entwickeln
- Integration in bestehende oder von bestehenden Strukturen
- Beratung und Begleitung bei Zielfindungs-, Abstimmungs- und Beteiligungsprozessen
- Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen
- Förderung von ehrenamtlichem Engagement
- Ergebnisse aus den Stadtteilen zusammenführen und öffentlich zugänglich machen
- Fortbildung haupt- und ehrenamtlicher Akteure in der Netzwerkarbeit
- Unterstützung bei der Beantragung von Projektmitteln aus Bundes- und Landesprogrammen für Projekte in den Stadtteilen

Die fach- und themenübergreifende Vernetzung in den Stadtteilen muss sich dabei auch in der Verwaltungsebene widerspiegeln. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit des Amtes für Jugend und Familie, Abteilung 51.02, Kinder, Jugend und Senioren, Bereich offene Seniorenarbeit mit dem Amt für soziale Leistungen, Abteilung 50.02, Bereich Hilfe zur Pflege und Abteilung 50.03, Sozialplanung vorgesehen.

Nutzen

Die sozialräumliche Arbeit ermöglicht eine differenzierte Bestands- und Bedarfsanalyse, vorhandene Ressourcen können für alle sichtbar und nutzbar gemacht werden, Versorgungslücken können identifiziert und gezielt bearbeitet werden. Angebote können entsprechend dem tatsächlichen Bedarf, der von den Akteuren und den Bewohnerinnen und Bewohnern festgestellt wurde weiterentwickelt werden.

Das bietet sowohl den Anbietern als auch der städtischen Planung Orientierung.

Dabei geht es nicht unbedingt darum, neue Angebote zu schaffen, sondern auch darum bestehende Angebote anzupassen und miteinander zu kombinieren.

Die zunehmende Zahl der Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf spiegelt sich in steigenden Ausgaben im Bereich Hilfe zur Pflege wider. Dabei sind sowohl Kostenzuwächse im Einzelfall als auch im Anstieg der Fallzahlen zu beobachten.

Mit der Verbesserung der quartiersnahen Strukturen kann die Einzelfallarbeit gezielt durch individuelle Kompensationsmöglichkeiten ergänzt und die Bedingungen für einen Hilfemix aus Angehörigen, Nachbarn, bürgerschaftlichem Engagement und professionellen Hilfen gefördert werden. Das trägt langfristig zur Senkung der Kosten bei und entspricht dem Wunsch der Menschen solange als möglich selbstbestimmt mit hoher Lebensqualität in der eigenen Wohnung zu leben.

Die Verbindung von offener, generationenübergreifender Seniorenarbeit und dem Bereich Unterstützung und Pflege sensibilisiert zudem insgesamt für das Thema Alter und Altern und hat so präventive Wirkung, gleichzeitig erleichtert es Teilhabe auch mit Hilfe- und Pflegebedarf.

3. Alternative:

Ohne den Ausbau von niedrigschwelligen und ergänzenden Angeboten vor Ort wird der Bedarf an professionellen Dienstleistungen im Fall von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit langfristig zunehmen.

Ambulante Pflegedienstleister können oft nur begrenzt auf individuelle Bedarfe eingehen. Hinzu kommt, dass zusätzliche Betreuungswünsche höhere Kosten nach sich ziehen.

Die zufriedenstellende ambulante Versorgung von Menschen mit hohem Hilfe- und Pflegebedarf stößt schneller an ihre Grenzen, so dass mehr Menschen frühzeitig stationäre Pflege in Anspruch nehmen. Das gilt insbesondere für alleinlebende Menschen.

Auf lange Sicht führt diese Entwicklung zu einem Ausbau der stationären Angebote.

4. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

Die Sozialraumorientierung in der Seniorenarbeit ermöglicht es, differenziert vor Ort die unterschiedlichen Bedürfnis- und Lebenslagen der Geschlechter zu erfassen und entsprechend zu berücksichtigen. Benachteiligungen können abgebaut und gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten geschaffen werden.